



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Antigentests müssen kostenfrei bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Antigen-Tests (sog. Point of Care Tests PoC) und PCR-Tests zur Feststellung des Coronavirus SARS-CoV-2 wichtige Instrumente in der Infektionsbekämpfung darstellen. Das Durchbrechen von Infektionsketten wird so effizient ermöglicht. Flächendeckende und für die Bürger kostenfreie Angebote von Antigen-Tests waren und sind dabei wesentliche und vor allem niedrighschwellige Beiträge zur Infektionsfeststellung. Der Landtag bekennt sich zum Testen als eine eigenständige Säule im Kampf gegen die Corona-Infektionsausbreitung.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Möglichkeit der Durchführung von Antigen-Tests in zugelassenen Testzentren für alle Bürger weiterhin kostenfrei zu gewährleisten.

Begründung:

Die Entscheidung der Landesregierung, ab 11. Oktober 2021 Antigen-Tests für die Bürger nicht mehr kostenfrei zu ermöglichen, d. h. den zugelassenen Testzentren im Land die Kosten für dort durchgeführte Point of Care Tests (PoC) nicht mehr pauschal zu ersetzen, stellt eine Abkehr von der bisherigen Strategie der Dunkelfeldaufhellung in der Infektionsausbreitung dar. Die bisherige Teststrategie beinhaltete den richtigen Ansatz, niedrighschwellige Testangebote zu ermöglichen und so zur frühen Erkennung von Infektionsträgern zu gewährleisten.

Die Identifizierung von möglicherweise infektiösen Personen bietet zusammen mit der Bestätigung durch einen PCR-Test den rechtlichen Rahmen zur Anordnung von Quarantäne- oder Isolationsmaßnahmen. Liegen derartige verifizierte Testergebnisse jedoch nicht vor, wird es nicht möglich sein, infektionseindämmende Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz zu treffen und so Infektionsketten zu durchbrechen.

Die Teststrategie der Landesregierung hat in der Bevölkerung große Akzeptanz erzielt, was durch die Anzahl der durchgeführten Testungen (bis Januar 2021 wurden mehr als eine Millionen Schnelltests verzeichnet) belegt wird. Ein Faktor für die Akzeptanz ist das kostenfreie Angebot gewesen. Unabhängig von sozialen Faktoren war es so jedem Bürger möglich, einen eigenen Beitrag zur Infektionseindämmung zu leisten.

Der von der Landesregierung ausgerufenen „Paradigmenwechsel“ in der Corona-Politik setzt mit der 3G-Regel darauf, dass neben geimpften und genesenen Personen die dritte Gruppe durch Antigen-Tests den weitgehend uneingeschränkten Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe erlangen. Mit dem Wegfall der Kostenfreiheit sind Preise zwischen 18 und 40 Euro für einen einzelnen zertifizierten Antigen-Test zu erwarten, welche dann bei einem Zugang zu Restaurants, Kinos, Theatern, Diskotheken, Schwimmbädern, Fitnessstudios und allgemein Veranstaltungen nicht selten über den Kosten für Eintritt oder Verzehr liegen werden. Diese durch den Antigen-Test anfallenden Mehrkosten werden erwartbar von vielen Bürgern nicht aufgewendet.

Gravierender werden die Einschnitte jedoch für ungeimpfte Personen sein, denen aufgrund prekärer Lebensumstände eine soziale Teilhabe schon jetzt nur schwer möglich ist. Diesen Mitbürgern wird es mit kostenpflichtigen Antigen-Tests praktisch unmöglich gemacht, an Sport- und Freizeitveranstaltungen und am gesellschaftlichen Leben insgesamt teilzuhaben. Ungeimpften Personen aus prekären Lebensverhältnissen wird zudem auch die Sorge und Kontaktpflege zur Angehörigen in Pflegeeinrichtungen erschwert bis unmöglich gemacht, da auch hier die 3G-Regel mit künftig kostenpflichtigen Antigen-Tests eine Zugangsvoraussetzung darstellt, die erhebliche finanzielle Mehrbelastungen mit sich bringen werden.

Neben wirtschaftlichen Einbußen für bestimmte an die 3G-Regel gebundene Branchen und der gesellschaftlichen Abkoppelung und Isolation von ungeimpften Personen wird es einen dritten Effekt geben, der bislang erreichte Erfolge in der Infektionseindämmung zunichtemachen kann: Die Anzahl der Testungen wird drastisch zurückgehen, was zwangsläufig zu einem Nichterkennen und somit zu einem schwerer zu bekämpfenden Infektionsgeschehen führen wird. Dies muss jedoch weiterhin im Interesse der Allgemeinheit und der Politik stehen.

Claus Schaffer und der Zusammenschluss der AfD